

DEMOKRATIE UND GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT STÄRKEN

Kompakt-Briefing für die Koalitionsverhandlungen

1. Handlungsbedarf

Die freiheitliche Demokratie ist das Fundament unseres gesellschaftlichen Wohlstands. Extremistische Ideologien und Bewegungen gewinnen weltweit an Bedeutung und gefährden auch in Deutschland Freiheit, Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Auch hart erkämpfte Frauenrechte sind in diesem Zusammenhang akut bedroht. Die Darstellung von Gleichstellung und vielfältigen Frauen- und Familienbildern als Bedrohung wird dabei strategisch von extremistischen Kräften genutzt, um in der Mitte der Gesellschaft Fuß zu fassen.

2. Textbausteine für Koalitionsvertrag

Voraussetzung und Garant für eine resiliente Demokratie ist eine starke Zivilgesellschaft. Mit Maßnahmen, die auf Dialog und Verantwortung setzen, stärken wir zivilgesellschaftliches Engagement. Angebote für politische Bildung und Demokratiebildung bauen wir aus. Die zunehmenden Angriffe und Anfeindungen, die Aktive aus Zivilgesellschaft und Kommunalpolitik bei ihrem Engagement erfahren, sind inakzeptabel. Wir unterstützen und schützen Engagierte.

Wir führen ein Demokratiefördergesetz ein, um die notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen zur langfristigen Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements für Demokratie, Vielfalt, Akzeptanz und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu schaffen.

Bewährte Bundesprogramme zur Demokratieförderung und zum Abbau von Diskriminierung (z.B. Demokratie leben!, Zusammenhalt durch Teilhabe, Bundesprogramm gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit im Sport) bauen wir – gerade auch im Hinblick auf Maßnahmen zur Bekämpfung von Sexismus – aus.

Wir bekämpfen Sexismus und Antifeminismus sowie ihre Auswirkungen in allen Gesellschaftsbereichen. Wir entwickeln einen Nationalen Aktionsplan gegen Antifeminismus, um Prävention, Schutz und Strafverfolgung zu verbessern. Organisationen der frauenpolitischen Zivilgesellschaft schützen wir vor frauenfeindlichen Angriffen – im digitalen und im analogen Raum. Existierende Strukturen wie die Meldestelle Antifeminismus und das Bündnis gegen Sexismus müssen langfristig und bedarfsgerecht finanziert und ausgebaut werden. Frauen- und Geschlechterforschung müssen weiterhin gefördert werden.

3. Anlagen/Hintergrundinformationen

- /// Leipziger Autoritarismus Studie (2024): [Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen](#)
- /// Konrad-Adenauer-Stiftung (2024): [„Nur nicht, dass der Verfassungsschutz bei mir klingelt“ Zur Verbreitung rechts- und linksextremistischer Einstellungen in Deutschland](#)

- /// Auswärtiges Amt (2020): [Gewaltorientierter Rechtsextremismus und Terrorismus – Transnationale Konnektivität, Definitionen, Vorfälle, Strukturen und Gegenmaßnahmen](#)
- /// Bundeszentrale für politische Bildung (2025): [Gewalt gegen Wahlkämpfer | Hintergrund aktuell](#)